

achlich  
Tel. 300  
Vormittags  
chten  
r Reise  
ück  
am Mittwoch  
am 10. Juni  
-Preise!  
drich  
täten  
ens!

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktor: Maximilian Trautz  
Verwaltungsrat: Hermann  
Hauptredaktion: Dresden - R. 1, Postfach 28/29

Verlagsort: Dresden  
Verlag: Dresdner Nachrichten  
Verleger: Dr. Max Trautz  
Redaktion: Dresden - R. 1, Postfach 28/29

Druck: Carl  
Druckerei: Carl

## Wapen drängt auf Entscheidung in Preußen

### Regierungsbildung oder Reichskommissar

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Juni. Alle das Nachrichtenbüro des W.D. meldet, ist beim Präsidenten des Preussischen Landtages am Dienstag ein Schreiben des Reichskanzlers v. Papen eingegangen, worin der Landtagspräsident gebeten wird, das Plenum des preussischen Landtages, das nach den bisherigen Dispositionen am 22. Juni wieder zusammentreten sollte, auf einen früheren Termin einzuberufen. Der Landtag soll dann den Versuch unternehmen, an Stelle des geschäftsführenden Ministerpräsidenten Braun ordnungsgemäß die Wahl des neuen Ministerpräsidenten durchzuführen. Es ist anzunehmen, daß das Landtagspräsidium dem Wunsch des Reichskanzlers entsprechen wird, obwohl bisher zwischen den Parteien, insbesondere zwischen Zentrum und Nationalsozialisten, noch keine verbindlichen Vereinbarungen über die Wahl des Ministerpräsidenten erfolgt sind. Man weiß in parlamentarischen Kreisen darauf hin, daß es für die Wahl des Ministerpräsidenten auch den Weg gebe, daß der Kandidat der Nationalen Sozialisten, gewählt werden könnte, bei Stimmenthaltung des Zentrums, und daß der neue Ministerpräsident dann gemäß der Verfassung an die Parteien sich wendet, aus deren Reihen er das Staatsministerium zusammenzulegen wünscht.

Sächsischer Vorbild zeigt, nicht vom Nebel, sofern sie sich den wahren innerpolitischen Verhältnissen eines Landes anpassen.

Eine geschäftsführende Regierung Braun ist aber schon deshalb unmöglich, weil sich die Exponenten dieser Regierung politisch allzu sehr exponiert hatten und mit ihrem Namen eine unerwünschte Unterdrückung der Rechten verbunden ist.

Küßnerdem kann man die Verhältnisse in Preußen nicht ohne weiteres vergleichen mit den Verhältnissen in den kleineren Ländern. Preußen umfaßt zwei Drittel des Reiches. Wenn in Sachsen, Bayern oder Württemberg eine geschäftsführende Regierung am Ruder ist, dann braucht dies nicht ohne weiteres Einfluss auf die Reichspolitik zu haben. In Preußen müssen aber klare Verhältnisse geschaffen sein, denn Preußen und Reich sind untrennbar miteinander verknüpft, und ein Gegenüberstreben politisch hochgeprägten Zeitläufes völlig ausgeschlossen.

Der Gedanke, Preußen durch einen Reichskommissar zu verwalten, wenn dort eine ordnungsmäßige Regierung nicht zustandekommt, ist übrigens nicht von der neuen Reichsregierung erkundet worden. Er stammt vom Reichskanzler Dr. Brüning, der zusammen mit der Zentrumspartei ähnliche Schritte bereits vorbereitet hatte. Das preussische Zentrum wird es sich also selbst zuschreiben lassen, wenn es jetzt zur Einsetzung des Reichskommissars kommt.

Die widerwärtigen Zentrumskreise müssen sich jetzt dazu bequemen, Farbe zu bekennen. Weichen sie sich nicht, dann erfolgt die Einsetzung eines Reichskommissars — genannt wird Dr. Goerdeler — gewiss eine höchst blamable Lösung für das preussische Staatswesen.

### Braun geht in Urlaub

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 7. Juni. Die politische Entwicklung hat es dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun, der bisher noch der geschäftsführenden preussischen Regierung vorsteht, angebracht erscheinen lassen, seinen Urlaub anzutreten und aus Berlin zu verschwinden. Zu demselben Schritt konnten sich freilich keine sozialdemokratischen Ministerkollegen, der Innenminister Severina und der Kultusminister Grimme, leider nicht bereitfinden.

Der Entschluss Brauns, sich aus dem preussischen Regierungsdirektor, wie es heißt, zurückzuziehen, ist sicherlich mit hervorgerufen worden von den Schritten, die der Reichskanzler zum Zwecke der Herbeiführung einer neuen preussischen Regierung inzwischen unternommen hat.

Zu seinem Vertreter hat Braun den Volksabstimmungsminister Dr. Winter (Jr.) bestellt, der von nun an als dienstführender Minister den Vorsitz im geschäftsführenden Kabinett führen wird.

### Deutschlands Vertreter in Lausanne

Berlin, 7. Juni. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird Deutschland auf der am 14. Juni beginnenden Lausanner Konferenz durch den Reichskanzler v. Papen, den Reichsaußenminister Freiherrn v. Neurath, den Reichsfinanzminister Graf v. Schwerin-Krosigk und den Reichswirtschaftsminister Warnehold vertreten sein. Ob der Reichskanzler für die ganze Dauer der Konferenz in Lausanne anwesend sein wird, läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Außer den genannten Persönlichkeiten werden voraussichtlich Staatssekretär v. Bülow und Staatssekretär Trendelenburg nach Lausanne reisen. Die amtliche Vertreterliste dürfte in Kürze bekanntgegeben werden.

In politischen Kreisen verläutet im Zusammenhang damit, daß der Reichsaußenminister Dr. Neurath abtreten werden wird, sich als Schwerehäufiger in Lausanne zur Verfügung zu stellen.

### Das deutsche „Rein“ unabänderlich

Eine englische Stimme zur Lausanner Konferenz

London, 7. Juni. Wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, wird das Kabinett heute nach der Rückkehr MacDonalds und wahrscheinlich auch morgen zu Sonderberatungen zusammentreten, um die Vorbereitungen für die Konferenz in Lausanne und die Weltwirtschaftskonferenz zu treffen. — Man glaubt nicht, daß der Regenerationswechsel in Deutschland die Verhandlungen in Lausanne unbedingt nachteilig beeinflussen müsse. Es herrscht vollkommene Klarheit darüber, daß bei den Lausanner Verhandlungen über eine endgültige Regelung des Reparationsproblems jede deutsche Regierung, ohne Rücksicht auf ihr parteipolitisches Gesicht, es ablehnen würde, das Reich zu weiteren Reparationszahlungen zu verpflichten. Diese Reigerung werde vielleicht in einer mehr oder weniger verständlichen Form erfolgen, aber in der Hauptsache werde jede deutsche Regierung die gleiche Haltung zeigen.

### Gerriots Regierungserklärung

Paris, 7. Juni. Die Regierungserklärung, die Gerriot Dienstag nachmittags vor der Kammer vorlesen wird, ist in erster Linie den großen außenpolitischen Fragen gewidmet und in ihrem Ton gemäßigt, aber entschlossen gehalten. In der Abklärungsfrage läßt sie sich auf die Rede, die der neue Kriegsminister Paul Boncour vor den ehemaligen Kriegsteilnehmern in Dijon hielt, und in deren Verlauf er die fortgesetzte kontrollierte Abklärung verteidigte. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Lausanner Konferenz, wie überhaupt in der Frage der Reparationen, wird die Notwendigkeit unterstrichen, die unterzeichneten Verträge zu achten.

In der Innenpolitik

ist der Einheitsfront ein besonderer Raum gewidmet, doch hat sich die neue Regierung wohl gehütet, irgendeine rechtliche Gruppe dabei herauszufordern oder zu fränken. Zur Behebung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit wird eine Reihe von Plänen angegeben, die dazu dienen sollen, die Finanz- und Haushaltslage durch solche Maßnahmen zu stabilisieren, die die nationale Wirtschaft am wenigsten belasten. Die neue Regierung kündigt außerdem eine allgemeine Amnestie für politische Verbrechen an.

Verlax wendet sich im „Echo de Paris“ mit aller Schärfe gegen die Auffassung der Regierung in der Abklärungsfrage, die einem direkten Umkehr der bisher von Frankreich im Genf verteidigten Abklärungsstelle gleichkomme.

Die französische Abordnung habe stets den Standpunkt vertreten, daß von weiteren französischen Rückzugseinschränkungen nicht die Rede sein könne, solange keine neue Sicherheitsgarantien gegeben worden seien. Paul Boncour selbst habe diesen Standpunkt als ständiger französischer Vertreter beim Völkerbund gebilligt und vertreten. In seiner Dijoner Rede habe er jedoch darauf hingewiesen, daß neue Rückzugseinschränkungen einmal aus Haushaltsgründen notwendig seien, zum anderen aber auch deshalb, um Deutschland jeden Vorwand dafür zu nehmen, seine Handlungsfreiheit in der Abklärungsfrage wiederzugewinnen.

### Anverschämte polnische Note an Danzig

Berlin, 7. Juni. In der Angelegenheit der polnischen Volkspropaganda auf Danziger Gebiet hat nach einer Meldung aus Danzig der diplomatische Vertreter Polens eine neue Note an den Senat geschickt. Er bezeichnet darin unerhörlie Weise die polnische Volksbewegung als eine Reaktion der polnischen Öffentlichkeit auf die von den Danziger Behörden gebildete und sogar geförderte Propaganda Danzigs gegen Polen. Hinsichtlich der Flugblätter, die bekanntlich in den Danzig-polnischen Eisenbahnhöfen verteilt werden und zum Volksaufstand auffordern, habe der Minister die zuständigen Eisenbahnbehörden beauftragt, den Organen der Eisenbahnpolizei die notwendigen Anordnungen zu erteilen. Die Note schließt mit dem Erlauben, daß die Danziger Polizei sich künftig der Einmischung in die Kompetenzen der polnischen Eisenbahnpolizei enthalten und erdreistet sich ferner, die Erwartung auszusprechen, daß auch der Senat unverzüglich Maßnahmen ergreifen werde, um energisch jeder polenfeindlichen Propaganda- und Volksbewegung auf dem Gebiet der Freien Stadt entgegenzutreten.

In dem Schreiben des Reichskanzlers an den Landtagspräsidenten wird die Bitte, den Preussischen Landtag früher einzuberufen, damit begründet, daß zwischen dem Reich und Preußen gegenwärtig verhängnisvolle Angelegenheiten, vor allem Finanzfragen zu verhandeln seien, und daß der Reichskanzler es für besser halte, wenn diese Verhandlungen auf preussischer Seite nicht von einem geschäftsführenden, sondern von einem nach verfassungsrechtlichen Grundsätzen gebildeten ordentlichen Kabinett geführt werden können. Landtagspräsident Kerski hat unmittelbar nach Empfang des Schreibens sich mit den maßgebenden Vertretern der Fraktionen in Verbindung gesetzt. Mit der Entscheidung des Präsidenten dürfte im Laufe des Nachmittags zu rechnen sein. Mit Rücksicht auf den Reichstagswahlkampf nimmt man an, daß auch die zweite Annäherung des preussischen Parlamentes nur von kurzer Dauer sein wird.

Eine Stellungnahme des Zentrums zu den vom Reichskanzler angeregten Verhandlungen liegt zur Stunde noch nicht vor, doch verläutet inoffiziell, daß das Zentrum seine Auffassung nicht geändert habe, und daß es auch in Preußen jede Kombination ablehne, die eine irgendwo geartete Stützung der Politik des Reichskanzlers von Wapen bedeuten könne.

Schließt sich dieser inoffiziellen Mitteilung auch das Zentrum offiziell an, dann wird es wohl zu einer Bestätigung eines Reichskommissars in Preußen kommen.

In einer solchen Lösung würde sich die Reichsregierung freilich nur im äußersten Falle entschließen, weil sie neugierig wäre, in föderalistisch gefärbten Kreisen unermessliche Rückwirkungen hervorzurufen. Der letzte Schwerezustand kann aber in Preußen nicht andauern. Geschäftsführende Regierungen sind, wie das

scheidungen hängen von dem Ausgang der vorerwähnten Verhandlungsbesprechungen ab.

In Wahrheit handelt es sich bei diesen Besprechungen nicht so sehr um Finanzverhandlungen, als wie bereits weiter oben dargestellt, um die hochpolitische Frage, ob die Entlassung der Zentrumspartei an der Neubildung der preussischen Regierung aufgegeben werden soll oder nicht.

### Ein neuer Personalreferent im Innenministerium

Berlin, 7. Juni. Wie aus dem Reichsinnenministerium verläutet, hat der neue Reichsinnenminister v. Gahl zu seinem persönlichen Referenten Herrn v. Steinrück berufen, der bisher im Reichswirtschaftsministerium tätig gewesen ist und der selber einmal als Privatsekretär des Ministers v. Reudell fungierte.

### Staatssekretär Dr. Weib will zurücktreten

Berlin, 7. Juni. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat Staatssekretär Dr. Weib vom Reichsarbeitsministerium bereits am Vormittag des 6. Juni dem stellvertretenden Reichsarbeitsminister seinen Wunsch übermitteln, zur Disposition gestellt zu werden.

### Graf Westarp kandidiert nicht mehr

Berlin, 7. Juni. Graf Westarp teilt mit, daß er nicht kandidiert, bei der bevorstehenden Reichstagswahl zu kandidieren. Infolgedessen habe er sich an vorbereitenden Verhandlungen nicht beteiligt.

## Wapens Finanzverhandlungen mit Preußen

Berlin, 7. Juni. Am Dienstagvormittag begannen beim Reichskanzler v. Papen die Verhandlungen mit Preußen über die Ueberweisung jener 100 Millionen Mark vom Reich an Preußen, die seinerzeit Preußen für die Ueberantwortung seiner Siedlungsanteile an das Reich zugesagt worden waren. Auf preussischer Seite sind an den Verhandlungen der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Dirksler, Finanzminister Klepper, Innenminister Severing und andere Ressorts vertreten. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es im wesentlichen abhängen, ob der preussische Etat für 1932 durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden kann. Sollte die Summe bewilligt werden, dann ist die Verhängung des Etats durch Notverordnung noch heute zu erwarten.

Wenn der Sozialdemokrat Heilmann gestern in einer Fraktionsversammlung davon sprach, daß der Verkauf der preussischen Siedlungsanteile an das Reich bereits abgeschlossen sei und der Befürchtung Ausdruck gibt, daß die Reichsregierung die vereinbarte Summe von 100 Millionen Mark schuldig bleiben würde, so wird demgegenüber von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen, die seinerzeit der gegenwärtige Reichsfinanzminister Graf Schwerin in seiner Eigenschaft als Ministerialdirektor mit Preußen geführt hat, noch zu keinem definitiven Abschlusse gekommen waren, und daß keine bindende Zustimmung der Reichsregierung vorlag, sondern nur eine bedingte Zusage, die den Verkauf von der Erfüllung bestimmter Garantiebedingungen abhängig machte. Endgültige Ent-